

Abonnements  
werden beim Verlag und dessen  
bekanntesten Agenten entgegen-  
genommen, und zwar zum  
vorwärts zahlbaren  
Vierteljahrespreise von:  
Mk. 4,40 für Deutschland (direkt  
per Wechsel-Gewehr)  
Doll. 2,75 für Oesterreich (direkt  
per Wechsel-Gewehr)  
Erlb. 2, — für alle übrigen Länder  
des Weltpostvereins (Rechnung).

# Der Sozialdemokrat

Erscheint  
wöchentlich einmal  
in  
London.  
Verlag  
der  
German Co-operative Publishing Co.  
E. Bernstein & Co., London N. W.  
114 Kentish Town Road.

Inserate  
die Preispatente Verträge  
3 Pence — 10 Sp. — 20 Gr.

## Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Postsendungen  
franko gegen franko.  
Gemeinliche Briefe  
nach England fallen Doppelporto.

### Vom politischen Horizont.

Väterchen soll nun also wirklich doch nach Berlin kommen. Der halbasiatische Despot ist feindlich, ihm so gleichgestimmten Beter in Berlin den Segenswunsch schuldig, und so gern er ihn bis zu dem Tage aufgeschoben hätte, da er an der Spitze von etlichen hunderttausend Soldaten in die Reichshauptstadt einziehen würde, so scheint er doch gefunden zu haben, daß das zu lange dauert, als sich mit Europa's überlindeter Köhlichkeit verträgt. So bedeutet der Jarenbesuch in Berlin zwar nicht den Frieden — den gibt es überhaupt nicht mehr — wohl aber eine Hinausschiebung des Ausbruchs der offenen Feindseligkeiten.

„Den Frieden gibt's nicht mehr — ja, leben wir denn nicht im Frieden?“ So unterbricht uns vielleicht einer der Leser. Je nun, wie man's nimmt. Wer gemüthlich ist, mag die jegliche Werra der fieberhaften Rüstungen Frieden nennen, wir haben für diesen Zustand, der aufstrebender am Mark der Wölfer zehrt, als ehehin die blutigen Kriege, einen andern Namen. Es ist der chronische, oder um es mit einem deutschen Wort zu bezeichnen, der schleichende Krieg. Wohl heben sich die Deere noch nicht in offener Schlacht gegenüber, wohl fließt noch kein Blut, aber wie alle verwandten Feinden jeden Augenblick in blutige aufstrebende sich verwandeln können, so schlägt dieser chronische Krieg keineswegs die Völker vor dem Ausbruch des, den Massenmord mit sich führenden akuten Krieges. Am Gegenstand, je länger der Erstere andauert, um so größer die Verheerung, welche der Letztere anrichtet, wird.

Mit jedem Jahr schwellen die Armeen mehr an, immer gewaltiger werden die Heeresmassen, welche die einzelnen Nationen gegeneinander in's Feld führen, die Zahlen der größten Kriege der Vergangenheit verblähen, verglichen mit den Zahlen, welche der „kommende Krieg“ aufweisen wird. Man höre nur, was ein genauer Kenner der Verhältnisse, ein „Nochmann“, vor einigen Tagen darüber veröffentlicht hat:

Der preussische Major Hugo Hinge gab neulich in einem Vortrage in Berlin einen Ueberblick über den Stand der Armeen im Jahre 1815. „Damals habe Deutschland — die Grenzen ebenso gezogen, wie heute — 130,000 Mann, Oesterreich 850,000, Italien 300,000, Frankreich 300,000, Rußland 850,000 Mann Truppen zu stellen vermocht. Die Gesamtzahl der wehrfähigen Mannschaften aller Völker habe also zu jenem Zeitpunkt 2,750,000 betragen. Im Jahre 1876, einundsechzig Jahre darnach, habe sich dieselbe auf 4 1/2 Mill. belaufen und zwar bestanden die einzelnen Mächte: Deutschland 1,500,000, Oesterreich 950,000, Italien 850,000, Frankreich 1,170,000, Rußland 1,400,000 Mann.

Auch diese Zahlen haben wir heute, Dank der Arbeit der Militärschraube, weit hinter uns gelassen; heute beträgt die Zahl der Wehrfähigen für Deutschland 2,900,000, Oesterreich 1,800,000, Italien 1,700,000, Frankreich 2,600,000, Rußland 4,500,000 Mann. Diese Truppen seien allerdings nicht sammt und sonders 35 oder ein Jahr lang ausgebildet, sie seien aber sämtlich im Stande, mit der Schwere umzugehen und hätten auch sonst eine genügende militärische Ausbildung. Siehe man nun gar diejenigen Reserven in Betracht, die jede Nation im äußersten Nothfalle aufzurufen in der Lage sei, so ergäbe sich noch ungeschätzte Zahlen, nämlich für Deutschland 6,4 Mill., für Oesterreich 3,0 Mill., für Italien 3,1, für Frankreich 4,0 Mill., für Rußland 8,0 Mill., letztere werde allerdings für einen europäischen Krieg nur 6 Millionen verwendet können.“

Das sind zusammen dreihundzwanzig Millionen fünfmalhunderttausend Menschen! Die kräftigsten, gesundesten Männer, die Blüthe der Nationen. Was das heißt, wenn alle diese plöblich der Produktion entzogen, aus Ernährern die sie bisher waren, zu Ernährten werden; welchen Verlust am Wohlstand der Völker es bedeutet, wenn diese unter die Waffen gerufen werden, das läßt sich einwirken nur ahnen — in kurzem Zeitraum vielleicht werden ähnliche Wirkungen sich vollziehen, wie sie einst der dreißigjährige Krieg über Deutschland gebracht hat.

Und wie viel von den in's Feld Gefandten werden die Heimath wiedersehen? Die Steigerung, welche die Heeresmassen erfahren, so groß sie ist, ist gering im Verhältnis zur Steigerung der verheerenden Kraft der Waffen. Alle Fortschritte der modernen Technik sind dazu benutzt worden, diese zu erhöhen, immer neue, immer fürchterlichere Mittel der Verwundung zu erfinden. In diesem Punkt kennen die konservativsten Regierungen keinen Stillstand. Der asiatische Despot, der der Entwicklung des Menschengeschlechtes so gern Halt gebieten möchte, der Beschäftigung Gottesgnadenheld, dessen Stimmen darauf geht, den Bildungsstand des deutschen Volkes zurückzuschrauben — hier sind sie revolutionärer als der leidenschaftlichste politische Revolutionär, hier rufen sie, gleich den Entwürfen der Anstifter: Fortschritt! Fortschritt! Fortschritt! Hier nur einige Angaben über die seit 1870 in den Feuerwaffen vollzogenen Fortschritte:

Das Jähdnadelgewehr, mit dem man 8—9 Schuß in der Minute abzugeben vermochte,“ erhebt sich nach Hinge, wie ein Rinderfiesels gegenüber den heutigen Jagdwaffen, die 8—9 Schüsse in 20 Sekunden, also zwischen 18 und 21 Schüsse in der Minute zu leisten vermögen. Noch inwendiger aber seien die Leistungen auf dem Gebiete des Artilleriewesens; während ein stilles Geschütz früher 1000—1200 Meter weit zu feuern vermochte, erreiche das heutige 3000er Geschütz — 7000 Meter. Es sei im Stande, ein Schrapnell 6000 Meter weit zu befördern, und diese angenehme Art von Geschossen weise wahrlich ihres Hinges 200 Flintenkugeln aus, von denen man seit ein Viertel in aktive Wirksamkeit tritt. Gegenüber den Leistungen der heutigen Artillerie erhebe sich indessen auch dies als Kleinigkeit. Ein Heeresgeschütz von 21 Centimeter Kaliber vermöge ein Geschütz von 175 Kilogramm Gewicht 10,000 Meter weit zu verschießen. Dank der vervollkommenen Sprengmittel, gegen die das Pulver auch nur ein Wasserhahn sei, schlage das Geschütz eines 15 Centimeter-

Geschützes 4 Centimeter tief in jede Panzerplatte, zerhöre diese also schon nach wenigen Schüssen. Eine Granate bringe 2—3 Meter in Sand oder Lehmbohle ein und zerplatze dabei in 370 Stücke, deren jedes mehr als 10 Gramm, und in 825, dabei jedes zwischen 1 und 10 Gramm wiegt. Gegen die Resultate, welche man mit Marinegeschützen erziele, kämen indessen auch diese Leistungen nicht auf; mit-leist der neuen Maschinengeschütze sei man in der Lage, in der Minute 12—20 Schüsse auf eine Entfernung von 3000 Metern zu feuern; diese Geschütze erfordern zu ihrer Bedienung 3 Mann, leisten dagegen, da ihre Geschütze in der Minute 500 Flintenkugeln austreuen, dasselbe wie 25 Mann. Remonding bedienten die Engländer, alles übrige durch ein Geschütz in den Schützen gestellt zu haben, welches 175-Kilogramm-Geschütze auf 19,300 Meter zu verschießen vermöge. Noch ungeschätzteres aber leiste die von dem amerikanischen Artilleriekapitän Jabansky erfundene pneumatische Dynamitkanone, die ihre Geschütze auf 4000 Meter werfe, und die nicht einmal das Ziel zu erreichen brauche, um ihre verheerende Wirkung zu üben. Eine Kugel, in der Nähe des feindlichen Schiffes in das Wasser geschossen, sei ausreichend, das Schiff zu zerstören, oder mindestens dasselbe durch Störung der Maschinen-thätigkeit außer Gefecht zu setzen.“

Bedenke man nun, führte Herr Hinge weiter aus, daß Deutschland im Kriege von 1870/71, trotz der, im Vergleich zu den heutigen, äußerst unvollkommenen Waffen, 14 Proz. Verluste an Todten und Verwundeten erlitten habe, so werde man kaum zu hoch greifen, wenn man den Durchschnittsverlust für einen künftigen Krieg auf 40 Proz. annehme.

Vierzig von je hundert! — und nun lese man noch einmal die obigen Zahlen durch und man hat ein Bild, was der Krieg bedeutet, dem die Völker Europa's unter der Führung ihrer „von Gott gegebenen“ Staatslenker zujuhen.

Ist er wirklich unabwendbar? Wir antworten darauf: ja. Allerdings mit einer Einschränkung: solange das gegenwärtige Regierungssystem in Europa fortdauert.

Daß der Versuch Väterchen in Berlin an den politischen Beziehungen Rußlands zu Deutschland nicht das geringste ändern wird, bestreiten nicht einmal die amtlichen Soldschreiber. Selbst wenn es dem Hohenzoller gegeben wäre, persönliche Abneigung in Jüngerung zu verwandeln, würden die Beziehungen beider Länder zu einander unverändert bleiben. Sie sind nicht durch persönliche Sympathien und Antipathien bestimmt, sondern durch die Interessen der in beiden Ländern einschlagenden Politik, die hier wie dort eine notwendige Folge ist des ganzen Regierungssystems. So ist die Gegnerschaft gegen das benachbarte Deutsche Reich, in dem nun einmal, trotz Wilhelm, westeuropäische Ideen herrschen, sozusagen Lebensbedingung des russischen Absolutismus. Derselbe Absolutismus vertritt aber ganz gut ein Bündniß mit der französischen Republik. Daß er ein Bündniß mit einer französischen Monarchie vorziehen würde, unterliegt keinem Zweifel, aber das ist nur eine Sache des Geschmacks, genau so wie es in Frankreich Leute gibt, die ein Bündniß mit einem freien Rußland dem mit dem zaristischen vorziehen würden. Trotz aller demokratischen Schmerzen steigen indessen auch sie „in den Pott“ — im nationalen Interesse. Es ist überhaupt falsch, das Bündniß zwischen dem heutigen Frankreich und dem heutigen Rußland ein unnatürliches zu nennen — im Gegentheil, weil es so natürlich ist, wie nur irgend eines, vertritt es alle sonstigen Gegensätze. Und warum es natürlich ist, haben wir des Oesteren schon ausgeführt. Es ward natürlich von dem Tage an, da Preußen-Deutschland Elsaß-Lothringen annektirte, und wird natürlich bleiben, solange Preußen-Deutschland Gewaltstaat bleibt und auf den Kauf des Säbels gestützt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen tritt.

Solange sind sogar noch ganz andre Bündnisse „natürlich“ weit mehr als Frankreich's sind z. B. die Einrichtungen der Schweiz denen Rußlands entgegengesetzt. Und doch sind grade unter den politisch-freimüthigen Elementen in der Schweiz heute die Sympathien für Rußland viel größer als für das Deutsche Reich. Hier nur ein Beispiel. Der gewis unverdächtige St. Galler Stadtanzeiger schrieb jüngst:

„Die Kammerwahlen in Serbien sind in voller Ruhe verlaufen, in voller Ruhe, weil in voller Freiheit — zum Erstenmal seit vielen, vielen Jahren. Das ist unter einer Regierung geschehen, welche für russenfeindlich gilt. Die früheren Wahlen unter der Regierung Mikas gingen stets unter größtem Druck vor sich, daher damals heizt die Urwahlen, Lobbungen, Verwundungen, Verhätungen und Verurtheilungen. Schon dieser Gegensatz ist bezeichnend für die Richtung der öffentlichen Meinung in Serbien von seiten der Anhänger der deutsch-österreichischen „Reinigung“ einerseits und der „barbarischen“ russischen „Wähler“ andererseits.“

Ähnlichen Notizen sind wir in diesem wie in anderen Schweizer Blättern schon öfter begegnet. Liegt irgend ein Grund vor, sie als „dem Jarenthum verkauft“ zu demingiren? Durchaus nicht. Der nationale Selbsterhaltungstrieb treibt gerade die besten Demokraten und Republikaner in der Schweiz Rußland in die Arme. Sie leben die Freiheit ihres Landes von Deutschland zehnmal mehr bedroht als von Rußland.

Und wie es in England steht, zeigt der gegen den Dreihund gerichtete Artikel in der neuesten Nummer der „Contemporary Review“. Ob er von Gladstone verfaßt oder bloß beigetragen ist, — genug, er drückt die Sympathien eines großen Theils der englischen Liberalen, weiter Kreise des englischen Volkes aus. Was verschlägt es, wenn man sagt, die Leute sind von russischen Agenten irreführt? Auch Preußen-Deutschland hat in England seine Agenten, aber wie schwächern ertönt ihre Stimme gegenüber der der „Russen“! Daß diese

überall Gehör finden, daß Rußland überall — in Frankreich, in der Schweiz, in England, in den Balkanstaaten, — als Hüter der Freiheit sich aufstellen kann, ohne auf lautes Hohngelächter zu stoßen, das ist ein Zeichen der Zeit, aber das der Hinweis auf den „Kubel auf Reisen“ nicht hinweghilft.

Nein, es ist die natürliche Folge oder wenn der Ausdruck zu indifferent ist, der Fluch der reaktionär-gewalthätigen Politik des verpreußten Deutschland, daß Rußland heute in Europa eine Rolle spielt, wie nie zuvor, wie sie ebendem kein Mensch für möglich gehalten hätte und wie sie das Land der Krone wahrlich nicht verdient. Aber, wenn Rußland auch der reaktionärste Staat im europäischen Konzert ist, so ist es doch nicht die Vormacht der Reaktion. Diese ist Preußen-Deutschland. Dort hat der die Völker erdrückende Militarismus seinen Zentralsitz, von dort entspringt überall die Feinde der Freiheit ihre Parole. Zehnmal mehr als am Tage, da es gesprochen wurde, gilt heute das Wort Mollke's: „Wir haben ... an Liebe nirgends gewonnen. Von der „Richtung“, von der der „Wahrheitlich selbst Sieg“ demals sprach, würde er heute wahrscheinlich selbst zögern. Sie ist „verdort und verdorben“.

Alles das gibt Väterchen den Muth, das deutsche Reich zu insultiren, wo er nur kann. Er braucht dessen Freundschaft nicht mehr. Von Jahr zu Jahr veredelt sich seine Situation Deutschland gegenüber. Nichts kennzeichnet, wie sie bereits heute ist, besser als die geradezu verlegende Art, wie der Jarenbesuch in Berlin von russischer Seite betrieben wurde, und die Thatsache, daß man in Berlin nicht wagte, Väterchen mit gleicher Münze heimzuzahlen.

Jedenfalls wird der Besuch des Jaren nichts an dem Verhältniß der Mächte zu ändern. Deutschland bleibt zwischen Rußland und Frankreich eingeklemmt. Das Kriegesgeheim wird nicht gebannt. Es ist ja begreiflich, daß den preussischen Machthabern zuweilen selbst vor der Kriegesgefahr bangt. Wenn auch nicht vor der moralischen Verantwortung — die kennen diese „eigenstirnigen“ Politiker sehr wohl — wohl aber vor dem Risiko, das der Krieg für sie bedeutet. Und so rüsten sie denn immer weiter, so ziehen sie die Militärschraube immer enger an, immer enger, zapfen dem Volk immer mehr von seinem Lebensmark ab, um ihm „den Frieden zu erhalten“, bis — der Krieg, der blutige, massenmörderische Krieg da ist.

Der Krieg oder — die Revolution. Es gibt keine andere Lösung. Das herrschende System, auf Blut und Eisen aufgebaut, macht sie unmöglich. Es hält Polen, den natürlichen Schutzwall gegen Rußland, mit brutaler Hand nieder, es zwingt Elsaß-Lothringen — das, neutralisirt, eine Garantie des Friedens zwischen Frankreich und Deutschland bilden konnte — durch Anlegung des Polizeinebels, von Frankreich Befreiung zu erheben, und es drangsalirt Nordschleswig, durch dessen Freigabe es das dänische Volk verschönden könnte. Es läßt die 42 Millionen Menschen auf der Strecke als der Freiheit und dem Recht einen Joll breit Konfession zu machen. Nun, so trage es auch die Verantwortung für seine wahrheitsige Politik. Auf sein Haupt, auf die gekrönten und gefürsteten Machthaber und ihre Trabanten die Verantwortung für alle das Blut, all das zerbrochene Lebensglück, das sie eines Tages zur Folge haben wird.

Wenn sie aber bei den demnächstigen Wahlen wieder vor das Volk hintreten und sagen werden: wählt Anhänger unserer Politik, wählt reichstreuere Abgeordnete, die alle Militärforderungen, die wir stellen, bewilligen, es ist das einzige Mittel, den Frieden zu erhalten, dann mögen die Wähler ihnen antworten: Eure Rüstungen wehren den Krieg nicht ab, sie haben nur die eine Wirkung, seine Jurdarbarkeit zu erhöhen. Es gibt nur ein Mittel, den Frieden herbeizuführen, und das heißt: die Freiheit. Und darum nieder mit euch und eurem System! Ihr seid gewogen und zu leicht befunden worden.

### Aus Frankreich.

Paris, den 27. Sept. 1889.

Der große Wahl-Schlauchttag ist vorüber, und sämtliche politische Parteien sind nun daran, die errungenen Vortheile abzumessen und zu libertiren, die Verluste zu konstatiren und abzuschwächen, Alles in der Erwartung, dadurch der Ausgang des für den 6. Oktober bevorstehenden Nachgelächtes der Stichwahlen günstig zu beeinflussen. Doch die Wahlergebnisse so vielfach brechen und denken lassen, beweis, daß im Grunde keine einzige der politischen Parteien definitiv und unbedritten triumphiert, daß vielmehr jede einzelne geschwächt und enttäuscht aus dem Wahlkampf hervorgeht.

Opportunisten, Radikale, Konservative, Boulangisten und ihre zahlreicheren Spielarten, sie alle sind von der Wählermasse als verdrückende Parteien ignoriert, sie alle sind in den beiden großen Kategorien der Boulangisten und Antiboulangisten in den unnatürlichen Verbindungen zusammen geschweigt worden; man stimmte nicht mehr für dies oder jenes Parteiprogramm, sondern nur für Boulangier oder gegen Boulangier, alias für oder gegen die Republik. In Folge dessen machte sich unter den Kandidaten und ihren Programmen eine Jersfahrenheit und Unklarheit breit, wie sie noch nie größer zu Tage getreten ist. Jeder Kandidat konnte sehr eigens angeordnetes Programm zum Besten geben, vorausgesetzt nur, daß er im Punkte des Boulangismus ein stredo ablegte. Die Adress der alten Parteibündnisse gingen dabei so ziemlich zum Teufel, und keine derselben konnte auf Grund der Wahlergebnisse ihren Anhang richtig bemessen. Zwei Thatsachen dagegen machen die Wahlergebnisse über jeden Zweifel erhaben, nämlich, daß sich die Wählermasse der Republik für die Republik erklärt



hat, daß mithin der reaktionäre Antisemitismus unter hochkonservativen und demagogisch-bourgeois-antidemokratischen Parteien zurückgeschlagen ist, und daß die Wählermassen jedoch gleichzeitig allen Parteien ohne Ausnahme ein nicht abzuleugnendes *Misstrauen* ausgesprochen hat. Bestenfalls tritt in dem Umfange in Frage, daß alle Parteien hervorragende Führer auf der Wahlzettel gelassen, oder daß dieselben erst von den Stichwahlen eine Erhellung des Mandats zu erwarten haben. Verschiedene Sozialdemokraten — und zwar sowohl solche, welche dem Erfolg wegen mit dem boulangistischen Strom schwammen, wie solche, welche den streng sozialistischen Standpunkt vertraten, sind glänzend durchgefallen, mehrere bonapartistische Kandidaten ziehen nicht wieder in das Palais Bourbon ein, der Boulangismus hat etliche seiner „schönsten Herden“ verloren, die Opportunisten bekommen die Schlappen etlicher Größen, und den Radikalen geht es um kein Haar besser. Welche Illustration für den Niedergang der äusseren Linken, daß Männer wie Clemenceau, Pellétan, Floquet, Vokroy u. in die Stichwahl kommen!

Die Erziehung ist sicherlich keine unbillige, sie hat ihre große Bedeutung, namentlich wenn man ihre die Thatsache gegenüberstellt, daß von den bereits im ersten Wahlgange ernannten Deputierten eine relativ starke Anzahl, — 106 „Reine“ sind, d. h. Persönlichkeiten, welche nicht der letzten Kammer angehörten. Der Wähler möchte sich gern die politischen Wähler vom Golfe schaffen, die ihn seit 19 Jahren unter verschiedenen Umständen genährt haben.

Im Allgemeinen ist so der Triumph der Republik durch den Mißtraut bekräftigt, daß sich die offiziellen Republikaner zugewogen haben, und der auch die Erfolge erklärt, welche die antirepublikanische Reaktion hier und da erlitten hat. Die Provinz hat sich nach wie vor als günstiges Terrain für die politische Unruhe erwiesen, und in Paris hat die Tätigkeit der Herren „Republikaner“ die Bevölkerung richtig in eine so unruhige Proteststimmung gebracht, daß die boulangistischen Kandidaten, der „brave général“ an der Spitze, noch immer eine starke Anzahl von Stimmen erhalten haben, wenn dieselbe auch seit dem 27. Januar um über 80,000 zurückgegangen ist. Am Erfolgreichsten gehen relativ die Opportunisten aus dem Wahlkampf hervor, aber man würde sich tollkühn irren, wollte man die Thatsache als ein Vertrauensvotum des Landes für die Vertreter der republikanischen Zentrumspolitik auffassen. Die Thatsache erklärt sich weit einfacher dadurch, daß die Opportunisten vor und während der Wahlperiode das Rad in den Händen hatten und einen *Hotspur* der Wahlbeeinträchtigung ausüben konnten, wie derselbe kaum jemals früher geübt worden ist. Abgesehen von der schamlosesten Wahltrübsinnigkeit der opportunistischen Regierungsmänner hand der administrativen Druck in der schärfsten Weise, und das Versprechen des traditionellen Zolldienstes für geleistete Dienste vor zur Höhe einer Einrichtung erhoben worden. Dazu kam, daß die Wiedereröffnung der Wahlen nach Beziehen der Reichthumspolitik Thür und Thor öffnete und die weiteste Spekulation auf heimliche Sozialinteressen ermöglichte. Wie wenig ernstlichen Grund die Opportunisten haben, sich durch die erhaltenen Stimmen als moralisch freigesprochen und vom Lande erforschen hinzustellen, beweist am besten der von Jules Ferry in St. Die (Bogien) gegen alles Erwarten erhaltene gewaltige Durchfall. Daß der Hochpriester des Opportunismus von einer Bevölkerung fallen gelassen ward, deren weite Mäßigkeit und ruhige Heberzeugung vom „Temps“ und andern Organen dieser in den Himmel erhoben wurden, das ist die schimpflichste moralische Verurteilung, welche ihm beibracht werden konnte.

Die sozialistischen Fraktionen Frankreichs haben bei den Wahlen eine höchst unbedeutende Rolle gespielt, und dies nicht nur Dank der eigentümlichen Situation, welche alles Interesse in Boulangismus und Antiboulangismus absorbierte, sondern auch in Folge ihrer Schwäche und mangelhaften Organisation oder mangelnder Klarheit.

Die Sozialisten traten zwar mit eigenen Kandidaten in den Wahlkampf, allein der ganze Haltung der Parteiführer genügt trotz der Charakter der Kandidaten hinter dem dem einseitigen Antiboulangismus zurück. Die für die sozialistischen Kandidaten abgegebenen Stimmen lassen deshalb auch nur einen sehr ungenauen Schatz auf die Stärke der Partei zu, da die Mehrheit von ihnen nicht den Vertretern der sozialistischen Partei, sondern den Schützlingen des Antiboulangismus gewährt wurde. Dem unglücklichsten Ausdruck fand die Situation in dem Wahlbezirk Clignancourt, wo der Sozialist Joffrin der offizielle Vertreter des Antiboulangismus gegen den General selbst war und von bürgerlicher Seite aus seinen Gegenschlägen hatte, und trotzdem sich es nur 5500 Stimmen, die Joffrin gegen Boulangier aufbrachte, der über 8000 erhielt. Dies erklärt die von sämtlichen Zeitungen fortwährenden Darlegung, daß im Wahlbezirk Clignancourt die Vertreibung der Arbeiter an der Wahl eine *schwarze* war, während das Kleinbürgerthum mit großem Mifer stimmte. Die Präferenz hat allerdings die für Boulangier abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt und Joffrins Wahl proklamirt, allein trotz des Triumphs der Sozialisten bleibt unbetritten, daß Joffrin eine empfindliche moralische Niederlage erlitten, die dadurch nicht verwischt wird, daß der sozialistische Führer sein Mandat nicht aus den Händen der Wähler, sondern der Präferenz annimmt. Daß er es überhaupt thut, macht unter der Arbeiterbevölkerung Clignancourts und von Paris überhaupt vielfach böses Mut. Allgemein wird die Ansicht laut, daß Joffrin das Mandat nicht annehmen dürfte, sondern auf eine Neuwahl geben müßte, der jedoch dieser wohlweislich in der festen Heberzeugung ausweicht, dann eine furchtbare Niederlage zu erleiden. Anger Joffrin haben noch zwei andre Sozialisten, Gabaret und Dumay, Nachsit, bei den Stichwahlen mit Hilfe der bürgerlichen Republikaner in die Kammer zu kommen. Die republikanischen Gegenkandidaten der Genannten sind bereits zurückgetreten, gerade so wie die Sozialisten in mehreren Wahlbezirken ihre Kandidaten vor den bürgerlichen Republikanern zurückgezogen haben. (Hier folgt die Zusammenstellung der sozialistischen Wahlstimmen, die wie bereits in voriger Nummer gebracht. Red.) Daß Boulangier in Viertel Paris-Kohalie gleich im ersten Wahlgange unterlegen, ist nicht nur dem Umstand zuzuschreiben, daß die Boulangisten mit Ausnahme aller Kräfte gegen ihn wählten, sondern auch dem Feldzug von Verleumdungen und Angriffen, mit denen er von den früheren Kandidaten bedacht ward. Nicht genug damit, daß Boulangier bis dato der Sünder des Landes, dem die Gewinnlosigkeit der Granger u. zur Last gelegt worden, bewies seine ehemaligen Freunde auch das Kandidat Boulangier in schamlosester Weise aus, um Vallant's Kandidatur zu betämpfen. Die Schwäche des unbegleiteten Altes, Rabanne Antoine, hat sich veranlaßt gesehen, diesem Treiben durch einen Brief ein Ende zu machen, in dem sie beim Kandidaten ihres Bruders für Vallant Partei ergreift und seine Haltung billigt. Um die Wahl des Boulangisten Vergo zu verhindern, hat Vallant seine Kandidatur zurückgezogen und fordert seine Wähler in der energischsten Weise auf, gegen einen der verachtungsbedürftigsten Schläpchen des Landes zu stimmen, welcher die Pariser Föderation föhrt.

Man weiß noch nicht, wann die Kammer zusammen berufen wird. Wahrscheinlich wird dieselbe in diesem Jahre nicht mehr tagen. Die parlamentarische Situation ist sich für den Augenblick fast in die Worte zusammen: Es bleibt Alles beim Alten. Die reaktionäre Opposition, der Boulangismus inbegriffen, bleibt auch in der neuen Kammer eine Minorität. Die radikale Opposition wird sich voraussichtlich auf Null beschränken, da die äusserste Linke meist mit den Opportunisten gehen muß, wenn sie sich nicht, was prinzipiell unmöglich ist, in die Arme der Rechten fügen will. Der Opportunismus wird trotzallem am entscheidendsten mit den Konfessionellen Lehrgängen und zu allerhand Konfessionen an deren Führer bereit sein, sobald dieselben nicht mehr durch die Verlangen einer Revision des boulangistischen und radikalen Elementen vertrieben werden. Voraussichtlich, daß der Senat erhalten bleibt, welcher seit zehn Jahren darin kämpft, was von den herrschenden Klassen bleibt, zu erhalten, vorausgesetzt, daß weiter gewonnen werden kann, wird der Opportunismus mit Trägheit aller prinzipiellen Konfessionen und Aufbietung aller reaktionären Mittel seine Herrschaft fortsetzen.

**Nachricht der Redaktion:** Die Stichwahlen haben am Sonntag stattgefunden, und wenn sie auch im Ganzen der gegenwärtigen republikanischen Mehrheit günstig sind, so doch nicht in dem Maße, als erwartet wurde. Von 194 Stichwahlen sind 135 republikanisch ausgefallen und 51 theils boulangistisch, theils monarchistisch. In Paris und Umgebung haben die Boulangisten große Erfolge erzielt. Die Pariser Vorort, darunter reiche Arbeiterviertel, sind durch Boulangisten vertreten, fast alle Hauptstädter des Boulangismus — Loguerre, Lal-

lant, Raquet, Roche sind gewählt. Nur Rochefort ist auch im zweiten Wahlgange in Belleville unterlegen. Sein Gegner war der Sozialist Dumay. Außer ihm hat die Partei nur noch einen Vertreter durchgebracht, Joffrin, dessen Mandat freilich einen sehr problematischen Beiz hat. Von sonstigen Sozialisten sind gewählt: P. A. J. (Bellefrance), Weber, Sozialist, Baudin, (Bourges), Vorsekretär, revolutionärer Sozialist, Thivrier (Montluçon), Kollektiv, Ferron (Marbonne) Sozialist, G. Lujeret (Loulon), Sozialist, A. R. (Bayer-Marcelle V.), Sozialist, Jules Guéde ist in Marseille II leider unterlegen,\*) ebenso Basly in Paris, 13. Arrondissement und G. B. Languet in Courdoire bei Paris. Ferner Camelinat, der im 2. Wahlkreis von Marbonne kandidierte, und der Sozialist Gabaret. Es sind vielleicht in der Provinz noch einige Sozialisten gewählt, doch fehlen die zur Stunde genauere Berichte.

Wie sich die oben genannten Sozialisten in der Kammer zu einander stellen werden, bleibt abzuwarten. Wir sind alle im Sterbepunkte, dieser würde unser General sein, toll Bover in Marseille, auf Guesde deutend, erklärt haben. Sicher ist, daß in ihm die Partei einen Wortführer ersten Ranges im Parlament gehabt hätte. Von den Genannten ist Unterer durch seine Thätigkeit in der Kammer bekannt. Baudin war ebenfalls Kommandant und lebte lange Zeit thätig in England. Seine Energie und Intelligenz werden sehr gerühmt. Auch Ladjze soll ein tüchtiger Mann sein. Bover sah bereits in der letzten Kammer, daß dort, wie auch Joffrin, der Arbeitergruppe angehört und sich gut gehalten.

## Anarchismus und kein Ende.

Aus Württemberg schreibt ein Genosse:

Die Kontroverse über den Anarchismus habe ich mit großem Interesse verfolgt, weil ich es tief beklage, daß beide Parteien einig sind, anstatt mit vereinten Kräften dem gemeinsamen Feind, dem Kapitalismus, auf den Beiz zu rücken. Sollte wirklich eine Einigung unmöglich sein und es auch hier heißen: „Schicksal ist zwischen euch, noch kommt das Unabwägliche zu fröhe“? Wenn freilich, wie der letzte Artikel behauptet, eine tiefstehende prinzipielle Verschiedenheit (der Ziele) beide trennt, dann wohl. Aber, ist das wirklich wahr? Ich erinnere mich, vor mehreren Jahren in einer Kammer der „Freiheit“ zufällig geleitet zu haben (denn ich gehöre nicht zu ihrem Republikanismus), daß der Anarchismus selbst mit einer lokalen, territorialen, oder internationalen Sozialisierung sich einverstanden erklärt in allen Fällen, wo eine solche mehr Vorteile bietet als der Individualismus. Wenn ich mich recht erinnere, war der Artikel überschrieben: „Das A. B. C. des Anarchismus“. Aber auch davon ganz abgesehen, handelt es sich beim vorläufig um die Organisation des sozialen Volksstaats und nicht vielmehr um die Bekämpfung des Kapitalismus? Wie kommt dieser Streit vor, wie wenn zwei Gutsbesitzer auf die Jagd gehen, um eine Wilden, welche über Hirten und Saaten verweilt, zu erlegen. Unterwegs gerathen sie einander in die Haare, wie man das Wildpret zubereiten soll, ob in Salz oder anders. Schatzkölse, würde ein Dritter mit Recht ihnen zurufen: Erst erlegt die Beute, dann wird sich's schon zeigen, wie man sie auf die Tafel bringt. In der That, der Schwerpunkt des Anarchismus liegt in seiner Regierung des kapitalistischen Klassenstaats, nicht in seinem positiven Programm. Ich möchte sagen: der Anarchismus trägt seinen Namen von der negativen, der Sozialismus von der positiven Seite. Der Anarchismus sagt: Wir wollen den Klassenstaat nicht, der Sozialismus sagt: wir wollen den sozialen Volksstaat. Es ist, als ob von zwei Vegetariern der eine sagen würde: Ich esse kein Fleisch, der andere: Ich esse kein Vegetabilien. Jedem: Wie oft wurde bei uns vor der Zukunftsmiß gewarnt? War es nicht Genosse Kautsky, der seiner Zeit sich getraut hat, begeben erklärte? Und nun soll es die Zukunftsmiß sein, welche die beiden entzweit zur Erzeugung des *tertium quid*?

„Aber die Propaganda der That.“ Ich verdamme sie auch, nicht aus moralischen, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen. Aus moralischen nicht, weil sie gegen das furchtbare Uebel, welches der Klassenstaat tagtäglich über die Menschen bringt, eine wahre Kappalle ist. Wer aus moralischen Gründen dagegen wäre, kommt mir vor, wie wenn es jemand als unmoralisch verdammen würde, wenn ein Schwacher, der von einem Aheulen kundenlang gehoben und mitgehoben wird, sein Taschentuch nicht und es dem Wunden in den Mund stößt. Aber aus Zweckmäßigkeitsgründen ist sie unbedingt verwerflich: sie nützt nicht nur nichts, sie schadet ungemein. Der Anarchismus ist in dieser Hinsicht der Standpunkt des Affekts, des blinden Eifers, der nur schadet, der Sozialismus dagegen der vernünftigen, ruhigen, kaltsinnigen, auf kulturhistorischer Erkenntnis beruhender Heberzeugung. Ruf falls und sofern die Propaganda der That unethische und Harmlose mit den Schwindeln treibt, ist sie auch moralisch verwerflich.

„Aber trotzlich sollte aber auch die Propaganda der That nicht genommen werden: von der Phrase bis zur That ist ein weiter Weg.“ Ich kenne Anarchisten, die mit dem Mund und mit der Feder schreckliche Klüßbäder ausrichten, während sie thätlich ihrem Reichen ein Haar krümmen können, nicht etwa — wie ich ausdrücklich betonen will — aus Feilschheit, sondern aus Ehen und Abneigung gegen schlechte und verwerfliche Handlungen. Es ist richtig, daß die anarchische Literatur manchen Kopf verwirren und zu unüberlegten Schritten hinführen kann; aber auch mit dieser Wirkung ist es nicht so schlimm, im Gegentheil, Mund und Feder sind auch da mehr das Sicherheitsventil, durch welches sich der Affekt Luft macht. Wie viele Attentate und Putschs hat denn thätlich die tüchtigste Propaganda der That schon verjagt? Das Wenige, was seit dem Bestehen des Anarchismus gechehen ist, wäre sicher auch ohne die Phrase von der Propaganda der That gechehen. Oder hat es nicht Attentate und Putschs zu allen Zeiten gegeben, in denen die Gegenstände sich schärf angelegt hatten. Ich habe wahrlich kein Wohlwollen an den wilden und auf gänzlicher Verkennung der kulturhistorischen Wege beruhenden Kräftephären der fraglichen Mütter; im Gegentheil. Aber andererseits verkenne ich wiederum nicht, daß die Mehrzahl der Ausgeborenen solche Schatzkölse sind, daß schon ein recht wilder Orkan dazu gehört, um die Franzen in ihren Nebenfeinden zur Flamme anzubalen.

Ich beklage es daher nicht, wenn unsere Genossen hier und da ein Stückchen Freiheit oder Autonomie sich zu Gemüthe führen, aber ich würde ich es tief beklagen, wenn sie sich ausschließlich diesem Ansel ergehen und dem gewöhnlichen Weiz der sozialistischen Publizistik abtrünnig würden. Ich kenne Genossen, welche ehemals sehr vernünftig waren, aber durch fortgesetztes Lesen dieser Blätter sehr thöricht geworden. Item: das höchst Ungehörige Schlagwort „Anarchisten-Gamer“ war und ist mir im höchsten Grade unangenehm und ich möchte, der Anarchismus würde seine allzugen Schläpchen beschneiden, damit die Parole lauten könnte: Anarchisten — Bundesgenossen. — Don Ramel und Don Jinar fühlen ihre Freundschaft schwinden und werden Freunde, sobald sie einander näher treten und ins Gesicht sehen: ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß dies auch mit den Sozialisten und Anarchisten bald der Fall sein wird.

So der Genosse.

Wir haben auch diese Einfindung angenommen, um zu zeigen, daß wir keine Diskussion über die nun einmal wieder auf's Tapet gebrachte Frage aus dem Wege geben. Dagegen können wir dem Einfinden, dessen gute Absicht wir anerkennen, den Vorwurf nicht eriparen, daß er oft und auch im Laufe der jetzigen Polemik wiederlegte Einwände wiederholt.

Es ist durchaus unrichtig, daß der Streit zwischen Anarchisten und Sozialisten im Wesentlichen nur ein Streit um die Zukunft ist, lediglich um die Frage, wie die „Wilden“, wenn erlegt, zubereitet werden soll. Der würde uns allerdings sehr läßl lassen. Die anarchische Doktrin bezieht sich vielmehr zugleich auf die Gegenwart: auf den Feldzug oder

„Jagd zug gegen die „Wilden“. Und nicht nur, daß der Anarchist dem Sozialisten den Gebrauch bestimmter Waffen verbieten will, er sucht ihn auch in seiner Kriegsführung, wo er nur kann, zu stören, ja, zu schädigen. Das ist freilich sehr thöricht, aber wir Sozialisten können es halt nicht ändern und müssen und daher des merkwürdigen Jagdgenossen erwehren, so gut wir können.

Nun gibt es freilich auch Leute, die mehr infolge ihres Temperaments als auf Grund durchdachter Grundzüge zu den Anarchisten halten. Leute, deren Gefühl die radikale Scheinende Taktik der Anarchisten mehr zuzug, als die der Sozialisten. Auf diese Leute Rücksicht nehmen, heißt unsere Heberzeugung in den Dienst der Unklarheit stellen. Man wird also auch ihnen gegenüber die Schärfe des Gegenstandes zwischen Anarchismus und Sozialismus betonen müssen, wobei wir zugeben, daß es besser ist, das nicht in einer Form zu thun, die abtödt, sondern die *herzeugt*. Indeß, auch die Wahrheit hat ihre Rechte, und es sind nicht nur die Könige, welche die Wahrheit nicht hören wollen.

Die „Freiheit“ ist ein höchst erdumrührer Mann für die Grundzüge und Beziehungen des Anarchismus. Wost ist ein Demagoge, der seinerzeit sich dem Anarchismus in die Arme geworfen hat, weil derselbe dem Bedürfnis der radikalen Phrase am besten entsprach, der aber längst über die Hinfälligkeit der anarchischen Doktrin im Klaren ist, und nun zwischen Anarchismus und Sozialismus einen Eiertanz auf führt, dessen Hinfälligkeit dadurch nur noch erhöht wird, daß der Tänzer, um sich den Ansehen gedegener Sicherheit zu geben, von Zeit zu Zeit heftig auf den Boden stampft. Die konsequenten Anarchisten wollen von Wost ebensowenig etwas wissen, als wir Sozialisten.

Wir wiederholen, Anarchismus und Sozialismus sind nicht, wie Don Manuel und Don Jinar, Söhne einer Mutter, sondern zwei grundverschiedene Doktrinen, die eine — der Anarchismus — metaphysischer, die andere — der Sozialismus — materialistischer Ursprungs. Je genauer sie einander kennen lernen, um so mehr werden sie sich besser bewußt, daß sie zwei verschiedenen Welten angehören. Wozu eine Scheinbare Veröhnung herstellen, wo die Logik der Thatsachen jeden Augenblick zum Hervorbrechen des Gegenstandes zwingt? Lieber wollen wir ehrliche Segner bleiben: zwischen dem absoluten Individualismus der Anarchisten und dem kommunistischen Solidaritätsbegriff der Sozialisten gibt es ebenfalls „nur ein Haben und Trüben“.

## Sozialpolitische Rundschau.

London, 9. Oktober 1889.

— **Ein Jahrestag.** Das kämpfende Proletariat hat der Gedanktag so viele, daß man darüber wohl einen vergessen kann, und wäre es — der eigene Geburtstag. Am 1. Oktober waren es zehn Jahre, daß der „Sozialdemokrat“ das Licht der Welt erblickte, und wir dürfen, ohne uns zu überheben, wohl sagen, daß auch dieses Datum eine historische Bedeutung für die Arbeiterklasse hat. Mit der Gründung des „Sozialdemokrat“ war einer der Hauptstöße, welche die herrschende Reaktion gegen die deutsche Arbeiterklasse geführt, zu nichte gemacht. Von dem Tage an, da seine erste Nummer erschien, hatte die deutsche Sozialdemokratie, die Partei der Unterdrückten und Ausgebeuteten, wieder ein Organ, auf das sie unter allen Umständen zählen konnte, eine Stätte, da der geheime Proletariat seine Stimme erheben durfte zur Brandmarlung seiner Verfolger, zum Protest gegen das ihm zugefügte Unrecht. Mit Freuden wurde er von den Genossen allerorts begrüßt, und wie wir uns wohl dürfen, daß wir von dem Tage an, da wir an unsere Posten gestellt wurden, keinen andern Chryseis gelangt haben, als den, der Sonne der deutschen Sozialdemokratie treu zu dienen, so können wir auch mit Genugthuung feststellen, daß die Parteigenossen im Reich dem „Sozialdemokrat“ allezeit treu geblieben sind. Die Verhältnisse haben sich seit dem zehn Jahren seines Bestehens wesentlich geändert, die Santhabung des künftigen Sozialismusgedankes ist eine andere geworden, heute gibt es wieder eine sozialistische Arbeiterpresse in Deutschland, und wir stehen nicht an zu erklären, darunter Blätter, deren Kollege zu sein wir stolz sind. Damit, wie mit dem infamen Rechtsbruch des Reichsgerichts, der die Partei in Deutschland zwang, auf den „Sozialdemokrat“ als ihr offizielles Organ zu verzichten, haben sich unsere Aufgaben in einzelnen Punkten geändert, unsere Hauptaufgabe ist die alte geblieben. Nicht mehr offizielles Organ der Partei, bleibt der „Sozialdemokrat“ doch das Organ der Parteigenossen, auf das sie unter allen Umständen zählen dürfen, ein Schutzwall gegen alle Unterdrückungsgelüste unserer Feinde. Es gibt Leute, die da meinen, der „Sozialdemokrat“ müsse seine Ausnahmestellung gegenüber der deutschen Arbeiterpresse durch eine schärferen Tonart betonen. Das ist ein Irrthum. Selbstverständlich, daß wir eine rücksichtslosere Sprache führen, aber die schärfere Tonart hat ihre Grenze, wo die Grundzüge und die Taktik der Partei in Frage kommen. Das wichtigste Merkmal des „Sozialdemokrat“ erklären wir vielmehr darin, daß er, unbeeinträchtigt von lokalen Einflüssen, der Macht der deutschen Polizei entrückt, stets und zu allen Zeiten das Banner der Partei hoch und ganz erheben und hochhalten, der Fahnenwärt der Partei sein soll.

In diesem Sinne werden wir unser Amt fortwalten, so lange das Unterdrückungsgeläch besteht.

— **Aus Deutschland schreibt man uns:**

Der Reichstag ist am den 22. Oktober zusammenberufen; und verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen, daß die Session bloß bis zur Weihnachten dauern, und daß der Reichstag dann sofort aufgelöst und neue Wahlen schon für den Monat Januar angeordnet werden sollen. Thatsache ist, daß man die Wähler *überzupeln* will, und Thatsache ist auch, daß das *Steuersystem* des Reichstags sehr auf innerlich zweier Monate verlegt werden kann. Mit dem *Etat* kann man binnen in drei Wochen fertig werden, und diejenige Materie, welche für die schwierigste galt: die Konstruktion des „*Freytag*“ für das Sozialistengesetz, ist allem Anschein nach auf unbestimmte Zeit in die Ecke gesteckt worden. Es ist dem Gelehrten des Reichstags nicht gelungen, den Stein der Weisen zu entdecken und ein Anarchistengesetz anzustellen, welches kein Anarchistengesetz ist; vielmehr hat sie sich auch keine Mühe gegeben und mit ihren anscheinend so angestregten Arbeiten nur vor den hideren Reichsblütern eine kleine Komodie aufgeführt. Wie dem sei: ein Entwurf des „*Freytag*“ ist nicht fertig geworden, und nach dem neuesten Nachrichten wird dem Reichstag in der nächsten Session einfach das alte Sozialistengesetz vorgelegt werden, nur mit der einzigen Änderung, daß die Büßungsstrafe nicht beschränkt wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Reichstag auch bereit ist, der Regierung den Wechsel in blanco auszustellen. Specially die Herren Nationalliberalen, welche sich jetzt noch ein wenig sperren — „die liebe Unschuld thut mir so“ — werden nur des Scheins halber einige Opposition machen und, innerlich feilschenergig, zugreifen. Die Lämmer des Sozialistengesetz nicht entbehren. Sie wissen zwar sehr wohl, daß es die Sozialdemokratie nicht läßt, ja daß es die Sozialdemokratie sogar befördert, allem sie können die sozialdemokratische Kritik nicht vertragen, und werden deshalb nimmermehr darin willigen, daß das *Quantitätswert* des polizeulichen Verbots, welches über der sozialdemokratischen Presse und über dem Versammlungsrecht der Sozialdemokraten steht, durch Aufhebung des Sozialistengesetzes entfernt werde. Die nationalliberale Partei erhält sich nur durch die Protektion der Regierung einer- und durch die Anhebung der Sozialdemokraten andererseits. Dort sie auf Regierungspartei zu sein und kann die Sozialdemokratie sich frei bewegen, so ist die nationalliberale Partei ein Märchen der Vergangenheit; und zwar kein schönes. Deshalb können die Nationalliberalen auch mit Jähnen und Klauen für die Verlängerung des „*Artikels*“ und fürchten sie nichts mehr — trotz aller gegenwärtigen Heberzeugungen —, als die Aufhebung des Sozialistengesetzes: es handelt sich schließlich für sie um Leben und Tod.

Geung: wir müssen uns darauf gefast machen, daß die Neuwahlen schon in wenigen Monaten, veranlaßt gegen Mitte Januar, stattfinden. Und das reicht für unsere Partei aus. Wo die Genossen mit den Kampfvorrichtungen noch irgend im Rückhande sein sollten, da ist das Veräuserte sofort nachzuholen!

\*) Guesde blieb mit 580 Stimmen hinter dem Radikalen zurück. Wäre kein „revolutionärer“ Gegenkandidat Bratski, nachdem er im ersten Wahlgang weniger Stimmen als Guesde erhalten, wie das unter Sozialisten bisher Gebrauch war, zurückgetreten, so hätte das genügt, Guesde den Sieg zu verschaffen. Aber Derr Protol jog es vor, seine Kandidatur aufrecht zu erhalten und hat jetzt den Triumph, von 1136 auf 919 Stimmen zurückgegangen und Uelade zu sein, daß einer der befähigsten Kämpfer für die Arbeiterklasse nicht gewählt ist.







große Vorteile versprechen kann. Auch eine größere Schnelligkeit wird mit den neuen Schiffen möglich sein.

Die Masten und das Takelwerk bieten der Luft, namentlich bei widrigen Winden, einen Widerstand, welcher während der Dauer einer Ozeanfahrt ganz beträchtlich auf die Geschwindigkeit einwirkt. Ein großer Theil der Maschinenkraft geht also für die Schnelligkeit des Dampfes ungenutzt verloren und wird nur dazu verwendet, den Widerstand der Masten gegen die Luftströmung zu überwinden. So werden die Kosten des Betriebes verringert. Wesentlich billiger aber wird dieser Betrieb noch durch folgenden Umstand:

Ein Schiff der alten Bauart, mit Masten, Raizen und Segeln, bedarf einer bedeutenden Anzahl gelehrter und erfahrener Matrosen. Gelehrte Matrosen beanspruchen aber auch bedeutend höhere Löhne, als gewöhnliche Arbeiter. Die neue Bauart der Dampfer legt an Stelle der theuren Matrosen den billigen u. d. abhängigeren Arbeiter. Die vervollkommnete Takel schließt den Matrosen ab, macht ihn überflüssig. Die Schiffsahrt ist großindustriell geworden.

Im Anschluß an unsern heutigen Leitartikel geben wir noch einige Zahlen über das Aufwachen der Militärausgaben seit der Zeit, da Deutschlands Einigung unter preussischer Vormacht dem deutschen Volk die tausendjährige Ära des Friedens und der Freiheit — hatte bringen sollen.

An fortwährenden Ausgaben hatte das deutsche Reich für Armee und Marine:

Jahr	Reichsarmee	Marine
1873	259,1 Mill. Mark	8,3 Mill. Mark
1874	270,8	16,7
1875	318,9	17,7
1880—81	327,1	24,7
1881—82	343,9	26,8
1887—88	359,3	39,2
1889—90	370,2	35,7

Das heißt also: die dauernden Kosten der deutschen Rüstung betragen heute bei der Marine etwa das 4<sup>te</sup>fache wie 1873, oder jährlich 27,4 Mill. mehr, bei der Reichsarmee aber im Jahr 111 Mill. mehr.

Das in indeß nicht die Gesamtsumme der für Kriegszwecke ausgegebenen Gelder. Es kommen dazu die sogenannten „einmaligen“ Ausgaben. Diese betragen nach dem Etat von 1887/88 169 Mill., nach dem diesjährigen Etat über 390 Millionen.

Für das nächste Jahr darf sich Michel, angelehnt an die neuesten Berechnungen in der Zeitschrift der Norddeutschen auf einen tüchtigen Sprung gefaßt machen. Und so weiter, immer weiter, bis Michel dahinstirbt, daß seine gefährlichsten Feinde nicht an der Meise, nicht an der Seine, sondern an der Spree wohnen.

— Etwas über Revolutionen und legitimes Recht. Wo mag das Folgende stehen?

Aber wieviel Revolutionen gibt es in der heutigen politischen Welt, welche mit voller Kontinuität (ununterbrochener Heftigkeit) im Rechte wurzeln? Spanien, Portugal, Brasilien, alle amerikanischen Republiken, Belgien, Holland, die Schweiz, Griechenland, Schweden, das noch heute mit Bewußtsein in der Revolution von 1688 lebende England können ihre derzeitigen Rechtszustände auf keinen legitimen Ursprung zurückführen. Selbst für das Terrain, welches die deutschen Fürsten, Könige, Kaiser und Reich, theils ihren Mitherrschaften, den Landesherren, theils ihren eigenen Landständen abgewonnen haben, läßt sich kein vollständig legitimes Recht nachweisen. Ein Versuch kann man aber nur insoweit als ein allgemein durchgreifendes anerkennen, wenn es sich unter allen Umständen und zu allen Zeiten bewährt, und der Grundlag: Quod ab initio vitiosum, lapsus temporis convalescere nequit (Etwas: Was von Anfang an unrecht, kann nicht durch die Dauer der Zeit recht werden. Rechts). Bleibt der Volksthum gegenüber richtig, wird oder durch die Bedürfnisse der Praxis unanfechtlich widerlegt.

Wann und nach welchem Kennzeichen haben alle diese Mächte aufgehört, revolutionär zu sein? Es scheint, daß man ihnen die legitime Geburt verweigert, sobald wir keine Gefahr von ihnen befürchten, und daß man sich nach alldem nicht prinzipiell daran stößt, wenn sie fortfahren, ohne Ruhe, ja, mit Mühen sich zu ihrer Würde im Unrecht zu bekennen. Es scheint nicht, daß vor der französischen Revolution ein Staatsmann auf den Gedanken gekommen ist, die Beziehungen seines Landes zu anderen Staaten lediglich dem Bedürfnis unterworfen, von Verträgen mit revolutionären Erscheinungen frei zu bleiben, und doch waren die Grundzüge der amerikanischen und englischen Revolution, abgesehen von dem Mangel des Vaterländischen und von dem nach dem Nationalcharakter verschiedenen Verlauf, der mit der Religion getrieben wurde, ähnlich dinstellen, wie diejenigen, welche die Unterbrechungen der Kontinuität des Rechtes in Frankreich herbeiführten.

Wenn man ihr — der Revolution — einen irdischen Ursprung anweisen will, so wäre auch der nicht in Frankreich, sondern eher in England zu suchen oder noch früher in Deutschland oder in Rom, je nachdem man die Annahme der Reformation oder die der römischen Kirche meist der Einführung römischer Rechtsansammlungen in die germanische Welt als sanftig ansehen will.

Diese Sätze, die überzeugend beweisen, daß das sogenannte legitime Recht, auf das die heutigen Mächte sich zu berufen lieben, nur ein sanfter Schwundel ist, den die dummen Mächte vormachen, sind entnommen — nicht etwa der Schrift eines demokratischen oder sozialistischen Umstürzlers, sondern — einem Briefe des preussischen Bundesratsgeheimen Bismarck an den Minister von Nassau, geschrieben am 4. Februar 1867, also zu einer Zeit, da in Preußen die schmerzliche Reaktion herrschte und mit vollständigem Erfolg sich bemühte, die Grundgesetze der Revolution von 1848 mit Stumpf und Stiel auszuwurzeln — was ihr beinahe gerade in dem Bruch, auf welchen es ankam, nicht gelungen ist.

Warum schrieb aber der selbstem gefürchtete Otto diesen Brief? Wollte er Manteuffel von der Verdrängung der Revolution überzeugen? O nein, die hitzige Auseinandersetzung hatte nur den Zweck, die „Sachen aus Prinzip“ in Berlin zu überlegen, daß ihre Bedenken gegen einen engeren Anschluß an den höchst unlegitimen Staatsrechtshelden Louis Napoleon, den Bismarck damals beantwortete, absolet unbedenklich seien.

Im Grunde sind wir Edelsteine der Nationen alle Räuber oder Abkömmlinge von Räubern — so könnte man sich den Sinn der Bismarckischen Ausführungen zusammenfassen. Aus dem Munde einer der berufensten Stimmen von Eigentum und Gesetz ein ganz nettes Eingeständnis! Namentlich sehr geeignet, die im Volke vielfach verbreiteten, ganz unberechtigten Streifen über das Recht der Revolution zu zerstreuen.

Der letzte Jahresbericht des amerikanischen General-Konjunktur-Müller in Frankfurt a. M. sagt über die Zustände in Deutschland:

Die sozialen Zustände und der Wohlstand der größeren Masse des Volkes sind im letzten Jahre ziemlich unverändert geblieben und es ist kein Grund zur Annahme vorhanden, daß eine Veränderung zu m. B. Besseren bevorstehe. Inmitten der anscheinend günstigen Handelsverhältnisse ist in der sozialen Stellung des armen Mannes keine Besserung eingetreten, es sei denn, man betrachte das System der Nullfalsch, der Altersversicherung oder der Versicherung der einzelnen Personen als einen Schritt in dieser Richtung. Am auffallendsten ist aber jedenfalls, daß selbst in guten Zeiten der Arbeiter am Ende des Jahres auf demselben Punkte steht, wie am Anfang. Auf die Preissteigerung der Waaren folgt keine Lohn-erhöhung und das Steigen der Lebensmittel läßt seine Lage un-erträglicher denn je zu machen. Das Verdrängen kleiner Geschäfte durch ein gemeinschaftliches Vorgehen der großen vermehrt beständig die arbeitende Klasse und führt derselben ein aufgeschaltetes aber unzufriedenes Element zu, das eines Tages seinen Protest erheben wird. Die Kluft zwischen Armen und Reichen vermehrt sich beständig; die Reichen werden reicher und die Armen ärmer.

Der Mann ist bei Weitem kein Sozialist, sondern ein durchaus bürgerlich gesinnter Demokrat — notabene im amerikanischen Sinne des Wortes, der von dem damit in Europa vielfach damit verbundenen granddröseln ist.

— An den Prager! Wir lesen im Berliner „Volkblatt“:

„Auf § 153 der Gewerbeordnung gründete sich eine Anklage gegen den Vorredner der Lohnkommission der Maler und Anstreicher Berlin, Joseph Hohlwegler, § 153 der Gewerbeordnung bestimmt: Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Erpressung oder durch Veruntreuung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen) Theil zu nehmen, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Am 2. Juni d. J. wurde ein Flugblatt der erwähnten Lohnkommission verbreitet, in welchem unter Bezugnahme auf die Streikbewegung folgender Passus enthalten war: „Kollegen! Wer feige von unserer Fahne weicht, schädigt unsere gerechte Sache und bringt unauflösliche Schmach über sein eigenes Haupt“. Als verantwortlicher Verleger dieses Flugblattes hatte Hohlwegler gezeichnet, der den unter Anklage gestellten Passus am so unbedenklicher halten mußte, als er ihn in örtlich aus anderen Flugblättern entnommen hatte, wo er unbeanstandet geblieben war. Vor dem Schöffengericht, wo die Sache kürzlich verhandelt wurde, beantragte der Staatsanwalt 6 Wochen Gefängnis mit der Motivierung, daß man die Führer der Streikbewegungen exemplarisch bestrafen müsse, um der ausgebrochenen Streikwelle entgegenzutreten. Wenn die Arbeiter mit ihren Löhnen nicht auskommen, so soll sich jeder Einzelne an den Arbeitgeber wenden. Rechts-anwalt Sachs als Verteidiger beantragte Freisprechung aus rechtlichen Bedenken, da die Voraussetzungen des § 153 nicht vorlägen. Dieser habe „Verhaltungen“ zur Voraussetzung, die hier nicht vorhanden waren. Das Schöffengericht erkannte nach etwa drei Minuten langer Beratung auf einen Monat Gefängnis. Berufung ist angemeldet.“

Wenn die Richter der Berufungsinstanz nicht jeden Funken von Rechtsgedankel daar sind, so müssen sie dieses Produkt engherziger Klassen-sucht unbedingt nachgeben. Von den biederen Philistern, die hier wieder einmal die bekannte Volksart des Wortes „Schaffen“ betreibt, wollen wir nicht reden — von dieser Gattung „Vollständlern“ sind andere Leistungen kaum zu erwarten. Was soll man aber zu einem Staatsanwalt, d. h. einem Vertreter des Gesetzes sagen, der die Führer der Streikbewegung „exemplarisch (!) bestrafen“ will! Es gibt kein Gesetz, welches den Streik verbietet, und ob ein Streik gerechtfertigt oder nicht, darüber hat kein Staatsanwalt, kein Gericht zu befinden, so wenig sich ein Staatsanwalt oder ein Gericht darum kümmern, ob eine Lohnherabsetzung, eine Entlassung oder ein Ausschluß von Arbeitern gerechtfertigt ist oder nicht. Der edle Gesetzesgeber hat sich hier zum Mindesten der Bestrebungen des vorerwähnten Anwaltentums gemacht — im Interesse des Wohlthats das bestehende Gesetz schände mit Füssen getreten. Schade, daß sein Name nicht genannt ist, solche erbärmliche Streber können nicht scharf genug gebraucht werden!

Die immer mehr zu Tage tretende Zerstückung der nationalen Parteien in Oesterreich unter der Wirkung der sich im Schooße derselben geltend machenden wirtschaftlichen Gegensätze und ihre Jurisdiction auf die allgemeine politische Situation in Oesterreich ersäht im Leitartikel der neuesten Nummer der Wiener „Arbeiterzeitung“ eine sehr interessante Besprechung. Wir entnehmen demselben folgende Stellen:

Das Schicksal, welches die Deutschen in Oesterreich längt ereilt, trifft nunmehr alle anderen Nationalitäten. Die früher einheitlich aufstrebenden nationalen Parteien spalten sich eine nach der andern. Während des Kampfes um nationale Interessen ist die wirtschaftliche Entwicklung nicht stille gestanden, ist die Differenzierung, die Sachverhalte der wirtschaftlichen Interessengruppen innerhalb jedes einzelnen Volkstammes mächtig vorgegriffen, und hinter der Fiktion des deutschen, polnischen, tschechischen „Volkes“ erheben sich nach und nach das Bild der deutschen, polnischen und tschechischen Bourgeoisie, des deutschen, tschechischen und polnischen Kleinbürgertums und Bauernstandes, des deutschen, polnischen und tschechischen Proletariats. Da der deutsche Volkstamm der wirtschaftlich entwickeltesten ist, hat sich die Schiedung in wirtschaftliche Interessengruppen bei den Deutschen bereits am vollständigsten vollzogen. Die tschechischen Volkstämme kommen nun nach dem Grade ihrer Entwicklung an die Reihe. Möge man sich nicht dadurch täuschen lassen, daß die Schlagworte dieser Spaltungen für's Erste nationaler Natur sind. Die Wähler des „Deutschen Klub“ haben sich von der „liberalen Verfassungskarte“ getrennt, zunächst als „Deutschnationales“ (d. h. die Verfassungskarte war ihnen nicht „deutsch“ genug. Neb. d. S. D.) In kurzer Zeit zeigt es sich, daß es sich um eine Schiedung aus wirtschaftlichen Gründen handelt. Die Vertreter des Kleinbürgertums und der Rettung des Bauernstandes trennten sich scharf von den Weisheits- und Wengler's, welche wieder über ein kleines dorthin zurückkehrten, wohin sie seit je gehörten, zur „Verfassungskarte“, „Vereinigten Linken“, kurz zur Partei der liberalen Bourgeoisie und der Grundbesitzer mit Bourgeoisie-Interessen. Ebenso ist natürlich die antisemitische Partei die Vertreterin des Kleinbürgertums in etwas roherer und ungebildeterer Gestalt. In Deutschland hat der Antisemitismus seine ideologische, bilhngische Form als reine „Rollenbewegung“, schon sehr eingebüßt und erscheint immer mehr als Innangsbewegung, Bauernbewegung u. dgl., kurz als politischer Ausdruck von engherren wirtschaftlichen Interessen. Derselbe Prozeß hat in Oesterreich bereits begonnen.

So ist denn auch das Auftreten der Jungtschechen, der polnischen und russischen Demokraten zunächst erfolgt in der naturgemäßen Verhüllung als nationaler und politischer Radikalismus. Aber es wird nicht lange dauern und die ungewöhnlichen Abgeordneten werden sich erinnern müssen, daß ihre Wähler Kleinrentner, Kleinrentner und Bauern sind. Der tschechische und polnische Großgrundbesitzer, der geborene Führer seines Volkes, wird erfahren müssen, daß die früher embryonalisch unentwickelten Glieder „seines“ Volkes nunmehr selbstständig genug geworden sind, um seine Führung nicht mehr zu betragen. Was heute das Schlagwort der Jungtschechen die Nothwendigkeit im goldenen Prag sein, was dieser an sich recht liebliche Wunsch gewährt werden, die erste Schlacht mit ihren tschechischen Feindgenossen und Industriearbeitern und deren Abwotatentrost werden sie auf wirtschaftlichem Gebiete schlagen müssen.

Dieser Beginn der Schiedung nach wirtschaftlichen Interessen stellt aber zugleich Verbindungen von bislang absolut feindselig gerichteten Gruppen in Aussicht. Wir meinen, es ist nur eine Frage der Zeit, wann sich Tschechen und Vereinigte Linke, Jungtschechen und Deutsch-nationale Vereinigung auf wirtschaftlichem Gebiete in enger Kampfrüderchaft treffen werden. Die internationale Verbindung der Antisemiten tritt bereits heute deutlich hervor.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß selbst dem Firzigen allerorten, daß selbst dem Grünen Taaffe grauen muß. Wir zweifeln zwar nicht, daß er ohne Weiteres seine jedesmaligen politischen Prinzipien auch weiterhin nach den jedesmaligen Bedürfnissen einrichten würde, und daß es ihm wesentlich gleichgültig ist, welcher Nation oder Partei er die Lunte anzündet, die zu seinem Wahrgeliche, seiner Jagers, Braantwein- und Petroleumsteuer, seinen Ausnahmestellen ihr „deutsches und vörendliches Ja“ sagen. Aber über die man im Verden begriffene politische Lage tappt er so sehr im Unsteln, daß er nach dem Verdröcksten greift. Der Statthalter von Böhmen, Kraus, mußte nämlich über die Kräfte springen. Doch er die Wählige der Jungtschechen psich, konnte ihm nicht versprochen werden. Der Krone hätte man ihm nicht früher sagen können, daß im Notfalle Jungtschechen behandelt werden müssen, wie der nun verlassene Herr Statthalter Sozialdemokraten zu behandeln verstand? Der Wint wäre deutlich, und die Jungtschechen gründlich verlorzt gewesen. Dann stellt Taaffe, um den Jungtschechen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die Strömung in Prag in Aussicht, das heißt, eine Vereinigung von Böhmen, Mähren und Schlesiern zu einem einheitlichen Verwaltungsbereich unter tschechisch-tschechischer Führung. Zugleich aber belästigt ihn die Ahnung, daß Chlumetz und Wlener (die Führer der liberalen Verfassungskarte. Neb. d. S. D.) auch Leute sind, die mit sich reden lassen, unter Umständen selbst von Mager und Jüder, und gerne Minister wären, und er läßt sie zu einem Ausgleich mit den Tschechen ein im selben Moment, wo er diesen Ausgleich unendlich gern macht, indem er den Ordnungsteufel an die Wand gewallt. Kurz, die beharrte Graf Taaffe so bringt den „Schmerzmünger“, wie heißt.

Der Artikel fährt also an, wie im Gegentheil zu Taaffe der Fürst M. Vichitschkin, der Führer der tschechischen Feudal-herksten, indem er sich vom Schauloch zurückzieht, beweist, daß er die Situation begriffen hat. Mit der Hoffnung, daß ihm der tschechische

und polnische Feudaladel für Volk gebunden für seine Merkmalen Pläne ausliefern werden, ist es nach den letzten Wahlen vorbei. Selbst die Aussicht, diese auf dem Kompromißwege in kleinen Dosen nach und nach einzuhändigen, ist geschwunden, denn die Jungtschechen haben ihre Wählige ausdrücklich auf die Lösung: gegen Vichitschkin's erzwungen. Natürlich sei aber mit dem Rücktritt Vichitschkin's der merkmalen Antark nicht abgeklungen. Im Gegentheil, nachdem die „staats-männliche“ Methode des politischen Schwachs misglückt, werden wahrscheinlich jetzt die „katholischen Volkstämme“ zum Antark angerufen werden. Aber die Herren Kaplanen und ihre Gefolgschaften seien im Grustalle nicht mehr zu fürchten als Fürst Vichitschkin selbst.

Unser Vrederrgong schließt mit den Worten:

„In unserer Besprechung der politischen Situation haben wir bisher kein Wort darüber verloren, welche Rolle der Arbeiterklasse Oesterreichs darin zufällt. Politisch rechtlos und vogelfrei, hat sie in diese Dinge einfach nicht dreingekoren. Nach ihr ist in Oesterreich keine Macht, mit der man rechnen, sie ist einfach das Objekt, über welches man verfügt. Aber, von Tag zu Tag wird das anders und besser. Derselbe Entwicklung, welche die alten, großen Parteien zertrümmert hat, sie fördert die Macht des Proletariats ans Tageslicht und weckt die Kraft, die der Zukunft eine neue Gestalt geben wird. Dem Zerlegungsprozeß aber, welchem die Gewalten der Vergangenheit und Gegenwart unterliegen, folgen wir mit theilnahmvollem Spannung.“

### Quittung.

Genosse A. Lafargue bittet und folgende Summen zu quittiren, die er von auswärtigen Genossen für die Wahl Jules Guesde's erhalten:

- Von O. Wille (Deutschland) Fr. 610.—
- Von Genossen in Brüssel (durch Jac. de Jeyer) 14.70
- Professor A. Praxela in Rom 10.—
- Von sozialdemokratischen Kreisen in Bukarek d. J. Naprecht 30.—
- Berner vom Wahlkreis Mühlheim am Rhein für die Genossen in Paris zur Wahl 20.—

### Briefkasten

Der Redaktion: Briefe und Einwendungen erhalten aus Berlin, Gießen (Wied), Paris, Nizza (nächste No.), Wien (Kalender).

Der Expedition: — Schneiderwerkstätte Zürich: Fr. 2.25 Ab. 4. Cu. erh. — Hahn, D'Arny: Fr. 2.— Ab. 4. Cu. erh. — Fr. Spar. Fr. 2.25 Ab. 4. Cu. erh. — O. Wllrg. Fr. 2.— Ab. 4. Cu. erh. — G. Sch. Fr. 2.25 Ab. 4. Cu. erh. — D. Verein Bern: Fr. 31.25 Ab. 3. Cu. erh. — Der Alte vom Berg: Fr. 2.25 Ab. 4. Cu. erh. — Spigberg: Fr. 3.— Ab. 4. Cu. erh. — G. Sch. Fr. 40.— a. Gto. D. erh. Weiteres notirt. — J. M. Luzern: Fr. 4.50 Ab. 4. Cu. u. Fr. 4.— Ab. 3. erh. — Von Pontius zu Pilatus! Warum nicht gar! Wegen den Monaten muß man sich immer rühren! — Genevold, Montreux: Fr. 2.25 Ab. 4. Cu. erh. — H. D. Wllr.: Fr. 4.50 Ab. 4. Cu. erhalten.

A. Sch. Wllr.: Dank f. Nachr. v. 1/10. Ab. geord. Nota x. mit 40.— D. B. a. v. Sp.: Nachr. a. 2/10 erh. Diese Verbilligung v. G. bedeutet für Sie einige Bartezeit auf d. Ertrag. Hoffentlich haben Sie den Verbilligern den Stempel nicht „verloren“. — P. Kza. Dijon: Fr. 9.75 Ab. 4. Cu. u. Porto erh. Fr. 6.— gesammelt von einigen Deutschen für Familien inhaberter Genossen dem Hds. Hds. zugewiesen. — G. W. B.: Fr. 18.80 a. Gto. Ab. erh. u. Ab. notirt. — Ostel: Fr. 9.20 Ab. 4. Cu. u. Ab. erh. Fr. 11. x. folgt. — Bilder: Fr. 50.— a. Gto. Ab. nach Fr. v. 6. erh. Verbill. u. Ab. notirt. Wollen Sie zur erbetenen „pünktlichen Bedienung“ nicht auch mal die Hände rühren? Seit ja 8 Jahren war's das erste Mal, daß Sie „bedienen“ helfen. Schreiben Sie die Alten und Neuen ein-dringlich. Was an's möglich ist, geschieht stets. — J. B. W.: Fr. 11.3.— Abon. 4. Quartal erhalten. — Fraumer Wllr.: Fr. 3.— a. Gto. Ab. erhalten und Mehrbestellung notirt. Fr. 11. x. folgt, ebenso weiter Erfragtes. Ledrigens schenkt es mit Ihren Bedacht, auch nicht ganz lauscher. Referenz wird befragt. — er.: Fr. 10.80 Ab. 4. Cu. erh. Weiteres befragt u. Ab. notirt. — Neponud: Auftrag am 4.9 befragt. — Wahlkreis Mühlheim a. Rh.: Fr. 16.— (Fr. 20.—) für die Pariser Wahlen d. d. erh. — Kother Kämpfer: Fr. 40.— a. Gto. Ab. x. erh. Geduld. v. 8.7 kam am 12.7 an. Ich unter diesem Datum im Auszug. Mehrbestellg. x. folgt, sobald neue Auflage verhandfertig. — Sappe: Mehrbestellg. u. Vorlage v. 2/10 notirt. — Wllr. N. Wllr.: Fr. 1.— f. Zeitschrift erh. — Urania: Fr. 1.60 sind im höchsten Fall per Fr. 2/10 anzubringen u. so gutgebracht. Weiteres notiren u. berichten bl. mehr. — Wllr. Peter: Ab. H. Vorlage v. 4/10 geord. — Donnerberg: Nachr. v. 4/10 erh. D. W. hoffen indessen angelangt. — Rantias: Fr. 1. u. Nachr. v. 5. am 7/10 erh. Alles beachtet und mit Weiterem einverstanden. Bl. mehr. — Edmund I. Gt.: Fr. 1.2.— a. Gto. Ostfr. Karte gut-gebr. Durch verspätetes Abis keine andere Bedart möglich. Weiteres bl. — Ribodanus: Nachr. v. 3. am 4/10 eingetroffen u. Antw. nach Vorfrist abgelassen. — Das Wort „retour“ ist in solchen Fällen noch breuzlicher, als die Suppe des Sch. Zufällig braucht's das nicht. Weiteres berücksichtigen. — Skorpion: Diese Disposition ist tatsächlich ab-solut verfehlt. Direkt erfolgte Abmüllg. werden bestätigen und bl. Weiteres melden. — Clara: Das wäre besser früher geschehen. Ange-sichts der Wahlen ist eine „schneidige Waffe“ erst recht von Nutzen. — Tixodentes R. d. J.: Fr. v. 18.9 am 6/10 erh. u. heute am 7/10 beantw. Erfragtes ist längst u. Fr. 14 heute fort, sowie Weiteres vorgefertigt. Gruß! — A. Stmr. Wllr.: Fr. 2.— Ab. 4. Cu. erh. — Wllr.: Fr. 5.— f. Ab. 4. Cu. u. Sch. erh. Verbill. notirt. — Der Alte Pz.: Fr. 1.— a. Gto. Ab. u. Sch. erh. Fr. 11. x. Ab. notiren u. erklären bl. d. Weitere. — Vichitschkin: Fr. 208.85 a. Gto. Ab. x. erh. u. Ab. notirt. Mehr. muß sehr dort sein. Abn. sind geord. Alter Freund, das ist das verlorene Mittel, das Hebel zu heben, worüber bl. Häherer. — Wllr.: Fr. 60.— a. Gto. Ab. x. erh. Weiteres angenehm. — A. Schand. Wllr.: Fr. 8.— Ab. 4. Cu. erh. Sonstiges stimmt. — Wllr. Wllr.: Fr. 1.— Ab. 4. Cu. Ab. x. erh. u. 1. Pd. dem Hds. d. d. zugewiesen. Hoffen demart Ihrem Wunsch deitens entsprochen zu haben. Gruß. — Th. B. Wllr.: Gmverstanden. — Wllr.: Fr. 12.— Ab. 4. Cu. erh. Grüße werden befragt. — Wllr.: Fr. 7.10 Wllr. erwarten wir u. bringen nach Gting. 1 Fr. für Verlag aus. Betreffend Porto x. macht jedo-der 2 Fr. Weiteres betr. Bin. x. bl. — Wllr. Wllr.: Fr. 11. Vorl. v. 6/10 geord. u. Wllr. not. — Arabi Pasha: Wir sind der Meinung, daß bei solchem Umfang das billige geleistet ist. Wllr. 3. not. — S. D. Refellat Paris: Brade's „Kieb. m. d. Soz.“ folgt so-bald Renanz. verhandlt. Weiteres u. Wllr. Abredg. bereits am 25.9 an Sch. abg. Brief f. — E. P. Wllr.: Schdn. Warum haben Sie denn die Abn. nicht gleich dem Briefe v. 6/10 befr. — Aker u. Co. hier: Fr. 3.— f. Sch. am 9/10 erh. — Fr. S. D. Gt. Wllr.: Fr. 15.— p. M. Ott. u. Gt. Ab. 3. Cu. erh. Dank f. Befrag. — Wllr.: Fr. 50.— a. Gto. Ab. x. erh. u. Wllr. not. — Wllr.: Fr. 61.35 a. Gto. Ab. x. erh. Abn. u. Wllr. vorgeh. — A. S. Wllr.: 60 Fr. f. Spald. erh. Odg. abg. — Wllr. Soz. Klub Paris: Fr. 26.— Ab. 3. Cu. erh. u. Weiteres u. Vorfr. notifizirt. Beil. befragt.

### London. Kommunistischer Arbeiter-Bildungs-Verein

Der Verein gedenkt zum Zwecke der sozialistischen Propaganda im Laufe dieses Winters in Zeitraumen von je 3-4 Wochen eine Serie von

### öffentlichen Vorträgen

mit freier Diskussion zu veranstalten. Der erste dieser Vorträge wird Sonntag den 12. Oktober, Abends 9 Uhr stattfinden und hat Bürger Fröder das Referat über: „Bourgeoisismus und Sozialismus in Frankreich“ abzugeben. Wir erwarten, daß diese Vorträge, für welche eine Reihe von Genossen ihre Mitwirkung zugesagt haben — den November-Vortrag hat Bürger Bernstein übernommen — seitens der Genossen zahlreich besucht werden und wir bitten zugleich um pünktliches Erscheinen, da wir präzis zur festgelegten Zeit beginnen werden.

### Das Komite.